

PHILIPS

Geschäftsbericht

Philips Pensionskasse (VVG)



2014

Philips Pensionskasse (VVG)
Lübeckertordamm 1 - 3
20099 Hamburg

Geschäftsbericht 2014

Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	1
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	9
Bilanz _____	10
Gewinn- und Verlustrechnung _____	12
Anhang _____	14
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	14
Erläuterungen zur Bilanz _____	15
Entwicklung der Aktivposten _____	16
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	19
Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB _____	19
Sonstige Angaben _____	19
Aufsichtsrat und Vorstand _____	20
Bericht des Aufsichtsrates _____	21
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	22

Lagebericht

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 6 des KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 9 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Zusätzlich werden Personen Mitglied der Pensionskasse, wenn sie im Rahmen eines Versorgungsausgleichs nach dem Versorgungsausgleichsgesetz durch interne Teilung ein Anrecht auf Versorgungsleistungen bei der Pensionskasse erwerben.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 22. August 2011 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Mitgliederversammlung hat am 27. Mai 2014 in Hamburg stattgefunden.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Der Beschluss des Philips Konzerns für „Drittunternehmen“ keine IT-Dienstleistungen mehr anzubieten, machte es erforderlich, dass die Philips Pensions-Service eG bzw. die Pensionskasse für diesen Bereich eine eigenständige Lösung entwickelten. Seit 2014 besteht nun eine Zusammenarbeit mit einer externen IT-Firma, welche das Rechenzentrum und die IT-Infrastruktur/-Dienstleistungen bereitstellt.

Der Umstand führte zu einer entsprechenden Anpassung des vorgenannten Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages zwischen der Philips Pensions-Service eG und der Pensionskasse. Die überarbeitete Fassung des Vertrages vom 3. November 2014 wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 21. Januar 2015 für unbedenklich erklärt.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

Geschäftsverlauf

1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.130 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.331), 8.782 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.738) sowie 2.417 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.464). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betragen im Jahr 2014 Mio. € 13,1 und lagen damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen im Berichtsjahr erhöhten sich um Mio. € 0,6 bzw. 1,6 % auf Mio. € 35,1. Der erneute Anstieg gegenüber dem Vorjahr war einzig auf die weitere Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen.

2. Kapitalanlagen

Das im letzten Jahr weltweit und vor allem in Deutschland weiter gesunkene Zinsniveau machte es unmöglich, in der Direktanlage nennenswerte Neu- bzw. Wiederanlagen in festverzinslichen Wertpapieren zu tätigen. Die erwerbzbaren Renditen für deutsche Wertpapiere notierten zu weit unter den Verzinsungsanforderungen der Rentenzusagen. Einzig vereinzelte Zukäufe in europäischen Staatspapieren zum Jahreswechsel wurden vorgenommen, um die vorhandene Liquidität in sehr kurzlaufenden Anleihen anzulegen.

Im Ergebnis sank daher im vergangenen Jahr der Bestand an Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen deutlich ab, da es in einem hohen Umfang zu Fälligkeiten kam. In zwei Fällen wurden zudem Namenspapiere vorzeitig verkauft, da sich die Bonität der Emittenten deutlich verschlechtert hatte.

Im Bereich der indirekten Wertpapieranlagen wurde innerhalb des Master-Fonds für Rentenpapiere ein Mandat für Schwellenländeranleihen gekündigt und ein Mandat für europäische Unternehmensanleihen reduziert. Neu wurden zwei Mandate für auf US-Dollar lautende Unternehmensanleihen und für globale Wandelanleihen aufgelegt. Beide Mandate investieren überwiegend in Wertpapiere guter bis sehr guter Bonität. Die Fremdwährungen werden in beiden Fällen gegenüber dem Euro abgesichert. Das Ziel ist es, mit den Mandaten zum einen an den merklich höheren amerikanischen Zinsen zu partizipieren und zum anderen in eine Anlageart anzulegen, die bei gegebener Mindestverzinsung stark von positiven Aktienmärkten profitiert.

Im Master-Fonds für Aktienfondsanlagen wurden im Jahresverlauf Publikumsfonds mit den Anlageschwerpunkten Europa und Deutschland abgebaut. Die Gegenanlage erfolgte in solche Fonds, die entweder in Schwellenländern anlegen oder die nach „Dividendenansätzen“ verwaltet werden. Zudem wurde das Gesamtvolumen des Fonds leicht verringert, um die zuvor genannten neuen Mandate im Rentenpapier-Master-Fonds mit zu finanzieren.

Für die zwei Wertpapier-Master-Fonds werden die Möglichkeiten des § 341 b Abs. 2 HGB genutzt, da die Fonds der langfristigen Anlage dienen.

Innerhalb des dritten Master-Fonds, in dem, bis auf eine Ausnahme, alle Immobilienspezialfonds gebündelt werden, wurden in 2014 Mittel für die Fonds mit den Anlageschwerpunkten „Hotels“ und „Soziales Wohnen“ abgerufen. Die Zusage für den Spezialfonds „Soziales Wohnen“ wurde zuvor neu vergeben. Der Fonds investiert in Deutschland in Seniorenresidenzen, Altenwohnheime und in betreutes Wohnen.

Im Rahmen des seit Jahren andauernden Prozesses der Liquidation zweier Immobilienspezialfonds, nach einvernehmlichem Beschluss aller Investoren, erfolgte eine kleine Teilrückführung.

Auch für den Master-Fonds für indirekte Immobilienanlagen werden die Möglichkeiten des § 341 b Absatz 2 HGB genutzt, da die Bestände ebenfalls der langfristigen Anlage dienen.

Auf Grund der mehrheitlich positiven Entwicklung der in dem Immobilien-Master-Fonds gehaltenen Einzelfonds konnte der Anteilspreis des Gesamtfonds deutlich zulegen. Eine in 2013 vorgenommene Abschreibung wurde so zum Teil wieder ausgeglichen.

Im Jahresverlauf wurde ein Neubauprojekt in Hamburg-Wandsbek, als reines Wohnobjekt, fortgeführt. Die Vermietung begann noch vor Weihnachten und führte zu ersten Vertragsabschlüssen. Mit der endgültigen Fertigstellung wird im 1. Quartal 2015 gerechnet.

Auf Grund eines hohen Leerstandes nach dem Auszug des Hauptmieters und eines erheblichen Renovierungsbedarfs wurde ein Objekt in Koblenz verkauft.

Bei zwei Objekten, auf die in den Vorjahren Abschreibungen angefallen waren, kam es als Folge der gestiegenen Verkehrswerte zu Zuschreibungen.

Für den 2009 begonnenen strategischen Aufbau einer höheren Anlagequote für Beteiligungen an Erneuerbare Energien Projekten in Deutschland und Europa erfolgten im vergangenen Jahr letzte Mittelabrufe. Weitere Engagements werden nicht mehr zugesagt.

Nach einem erneuten Eingriff Spaniens in die zugesagten Abnahme- und Einspeisevergütungen, reduzierte auch Italien in 2014 seine Verpflichtungen durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen. Auf die einzige Beteiligung, in der sowohl spanische als auch italienische Solarprojekte gehalten werden, musste daher eine Abschreibung vorgenommen werden. Bei einer weiteren Beteiligung, die u. a. in italienischen Solar- und Windanlagen investiert ist, fielen ebenfalls Wertminderungen an. Auf Grund der erwarteten Kapitalrückzahlungen in 2015 sind diese aber nicht als „dauerhaft“ einzustufen.

Nach dem unterjährigen Beschluss der Anleger die zuvor bestehenden US-Dollar-Absicherungen aufzugeben, kam es zu einem starken, währungsgetriebenen Wertzuwachs des Fonds für globale Waldflächen. Da die Anleger auch die sukzessive Liquidation des Waldfonds beschlossen haben, muss in den Folgejahren bei einzelnen Flächen mit der Realisierung von Veräußerungsverlusten gerechnet werden. Um diesen Umstand in einem ersten Schritt im Zahlenwerk der Pensionskasse zu berücksichtigen, wurde eine erste angemessene Wertberichtigung durchgeführt.

In die Anlageklassen Private Equity, Hedge Funds und Hypotheken wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Investments getätigt.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Pensionskasse für das letzte Geschäftsjahr liegt bei 3,4 % nach 4,0 % im Vorjahr. Ursächlich war der Umstand, dass in 2014 weitestgehend auf die Realisierung stiller Reserven verzichtet wurde.

3. Versicherungstarife

Nach ersten entsprechenden Maßnahmen in den Vorjahren konnte mit Ablauf des letzten Geschäftsjahres der vom Verantwortliche Aktuar ermittelte Bedarf für eine Erhöhung der Deckungsrückstellung zur Reduktion des Rechnungszinses im Tarif 1985 vollständig finanziert werden.

Es war damit möglich, zum 31. Dezember 2014 mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Rechnungszins im Tarif 1985 von 3,50 % auf 3,25 % abzusenken.

4. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. Mai 2014 T€ 400 entnommen worden.

Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte in Höhe von T€ 1.403. Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 220 wurde vollständig in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt. Im Ergebnis ergibt sich ein ausgeglichener Bilanzgewinn.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31. Dezember 2014 keine zuteilbaren Bewertungsreserven für im Bestand verbleibende Versicherungen.

5. Risikoverlauf

Die geschäftsplanmäßigen Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten werden jährlich dahingehend überprüft, ob sie ausreichende Sicherheiten enthalten. Infolgedessen wurden die geschäftsplanmäßigen Sterbewahrscheinlichkeiten für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 zuletzt im Jahre 2012 angepasst.

Die für das Geschäftsjahr 2014 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den laufenden Renten mit Versicherungen nach AVB Tarif 1985 nach der Anzahl eine deutliche Übersterblichkeit festzustellen, nach der Jahresrente (mit Ausnahme der Witwen und Witwer) jedoch - anders als in den Vorjahren - eine leichte Untersterblichkeit zu beobachten war. Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre sind dagegen nach Anpassung der Sterbewahrscheinlichkeiten im Tarif 1985 sowohl bei den männlichen und weiblichen Rentnern als auch im Bestand der Witwen und Witwer weiterhin ausreichende Sicherheitsreserven vorhanden.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - unterhalb der geschäftsplanmäßigen Ansätze, wobei die Untersterblichkeit bei Anwärtern mit Hinterbliebenen stärker ist als bei Anwärtern ohne Hinterbliebene. Aufgrund der geringen Anzahl von Todesfällen, insbesondere bei weiblichen Anwärtern, sind bei Betrachtung einzelner Jahre stärkere Schwankungen festzustellen. Hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist sowohl im Durchschnitt der letzten sechs Jahre als auch in jedem einzelnen Jahr ein deutlicher unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit insgesamt weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

6. Chancen / Risiken

Insgesamt veränderte sich die Struktur der Gesamtanlagen der Pensionskasse in Bezug auf die Hauptanlagearten in 2014 kaum.

Allerdings hat innerhalb der festverzinslichen Wertpapiere - durch die Neuauflage der zuvor genannten zwei Mandate im Master-Fonds für Rentenpapieranlagen sowie eine moderate Beimischung von Anleihen eingeschränkter Bonität - das Gesamtrisiko leicht zugenommen.

Voraussichtlich werden alle Anleihebestände von der in diesem Jahr erwarteten Leitzinserhöhung in den USA negativ betroffen sein. Zudem könnte eine mögliche Zuspitzung der Krise in Griechenland oder des Ukraine/Russland-Konflikts zur Belastung von Anleihen aus Osteuropa oder von Unternehmensanleihen, deren Emittenten ein starkes Osteuropageschäft aufweisen,

sowie von Schwellenländeranleihen führen. Kurs- und Währungsverluste sowie verminderte Bonitäten und eine Illiquidität der Märkte sind hier möglich.

Eine Fortdauer des extremen Niedrigzinsumfeldes bei Anleihen guter Bonität stellt für die Pensionskasse ein erhebliches Risiko dar, da sukzessive die Anleihen mit noch hohen Kupons fällig werden und die aufsichtsrechtlichen Quoten für risikobehaftetere Anleihearten, die aber den notwendigen Mehrertrag versprechen, zunehmend ausgelastet sein werden.

Eine interne und externe zeitnahe Überwachung aller schuldnerspezifischen Ratings begrenzt mögliche Kreditrisiken deutlich. Um die Kontrolle der Bonität bzw. Ratings der direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere zu verstärken und um nicht primär von den Beurteilungen der etablierten Rating-Agenturen abhängig zu sein, besteht eine Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister, der die Pensionskasse quartalsweise und im Bedarfsfall auch ad hoc mit Qualitätseinschätzungen der Emittenten sowie der Gattungen der gehaltenen Wertpapiere unterstützt. Die Einhaltung der Qualitätsvorgaben an die indirekt in Spezialfonds gehaltenen Rentenbestände wird von den beauftragten Asset Managern und der verwaltenden Master-Kapitalverwaltungsgesellschaft laufend kontrolliert.

Der grundsätzliche Ansatz, soweit möglich nur Anleihen mit Qualitäten im „Investment Grade“-Bereich zu erwerben, limitiert ebenfalls eventuelle Kurs- und Kreditrisiken. Auf Herabstufungen unter dieses Bewertungsniveau wird in der Direktanlage in der Regel mit einem zeitnahen Verkauf der betroffenen Papiere reagiert. Für die externen Asset Manager bestehen für diesen Fall eindeutige Handlungsanweisungen. Die begrenzte Beimischung von „High Yield“-Anleihen in externen Mandaten erscheint vertretbar und notwendig, um die Ertragsmöglichkeiten zu erhöhen.

Ein weiteres Risiko stellt die Einhaltung der von den europäischen Staaten garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen für Erneuerbare Energien-Projekte dar. Weitere Subventionskürzungen oder Sondersteuern auch in anderen Ländern als Spanien und Italien sind denkbar und könnten zu einem Wertberichtigungsbedarf und geringeren laufenden Erträgen führen.

Die aktuelle (niedrige) Aktienquote stellt prinzipiell ein Risiko dar, allerdings werden diese Bestände täglich durch einen qualifizierten externen Dienstleister im Rahmen eines "Risiko-Overlay-Managements" und laufend durch das interne Risikomanagement überwacht.

Auf Grund der breiten Streuung innerhalb der genannten Hauptanlagearten und den begleitenden Sicherungsmaßnahmen sowie dem zeitnahen internen Risikomanagement sollten sich keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse ergeben können.

Allerdings muss in den nächsten Jahren mit wieder sinkenden Reserven in den Gesamtanlagen gerechnet werden. Dies vor allem deshalb, da bei dem zwischenzeitlich erreichten Zinsniveau in Europa von nahe Null Prozent kaum noch mit Kurszuwächsen bei festverzinslichen Wertpapieren zu rechnen ist bzw. vielmehr der erwartete Zinsanstieg und die Fälligkeiten die Reserven auf die Anleihebestände abschmelzen lassen werden.

Im Interesse des erwarteten positiven Chance-Risiko-Profiles sowie des teilweise gegebenen Inflationsschutzes, muss die mit dem strategischen Aufbau einer nennenswerten Anlagequote in Erneuerbare Energien Projekten verbundene lange Bindungsdauer und die begrenzte Fungibilität dieser Anlageteile akzeptiert werden. Gleiches gilt für den vergleichsweise hohen direkten und indirekten Bestand an Immobilienanlagen.

Eine laufende, mehrjährige Liquiditätsplanung in der Pensionskasse lässt diese Anlagen allerdings zu, da die Vorausschau die eingeschränkte Liquidierbarkeit dieser zwei Anlagearten berücksichtigt.

In den Direktanlagen bestehen keine Fremdwährungsrisiken. In den extern vergebenen Mandaten und in einzelnen Beteiligungen und Immobilienfonds werden diese grundsätzlich durch laufende Absicherungen vermieden. Seit 2014 wird in den Waldfondsanlagen auf eine Währungs-

absicherung verzichtet. Bei einigen Aktienpublikumsfonds wird zudem akzeptiert, dass deren Anteilpreis auf eine Fremdwährung lautet.

Das interne Risikomanagement unterzieht die Gesamtanlagen regelmäßig verschiedenen Stresstests. Hierbei werden u. a. mindestens quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Im Jahr 2014 hat die Pensionskasse zu allen Berichtsterminen diese „BaFin-Stresstests“ im Ergebnis jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

In Teilbereichen des Risikomanagements arbeitet die Pensionskasse mit externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugestellt. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelationseffekten zwischen den Anlagearten. Zusätzlich lässt die Pensionskasse selbst festgelegte Stresstest-Szenarien monatlich von einem Dienstleister berechnen. Die externe Überwachung einer Wertuntergrenze für Spezialfondsmandate, sofern "Risikokapitalanlagen", wie z. B. Aktien über Mandate gehalten werden, stellt einen zusätzlichen Bereich der Kooperation mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Des Weiteren werden im Rahmen des Gesamtrisikomanagements der Pensionskasse regelmäßig solche strategischen, rechtlichen und operationellen Risiken berücksichtigt und bewertet, die für die wirtschaftliche Entwicklung und den Fortbestand der Pensionskasse von wesentlicher Bedeutung sind.

An dieser Stelle sind derzeit vor allem die offenen Fragen zu neuen europaweiten Eigenkapitalregeln für die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, die Bestrebungen der deutschen Regierung zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung über durch die Tarifparteien neu zu gründende Pensionskassen und -fonds sowie die Auslegung einiger einschlägiger Arbeitsgerichtsurteile zu nennen. Die angekündigten neuen aufsichtsrechtlichen Anlagevorschriften könnten die Anlagetätigkeit der Pensionskasse erschweren.

Die Ergebnisse der zuvor genannten Risikomanagementverfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggf. kritische Gesamtrisikosituation der Pensionskasse gibt. Auf Grundlage dieser Berichte würden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen, um kurzfristig die Risikotragfähigkeit wieder herzustellen. Dies gilt vor allem auch für eine Anpassung der Asset Allokation der Kapitalanlagen.

Sämtliche eingesetzten Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin durch ein "Risikomanagement-Team" überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Auch im Geschäftsjahr 2014 erfolgte turnusmäßig die Prüfung des Kapitalanlagemanagements, des Gesamtrisikosystems, des Versicherungsbereichs und des Rechnungswesens/Controllings der Pensionskasse bzw. die Organisation und die Prozesse der entsprechenden Bereiche der Philips Pensions-Service eG durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft). Diese Kontrollen erbrachten keine wesentlichen Kritikpunkte. Gleiches gilt für die erneute Prüfung und Bewertung der internen Risikostrategie. Nach einer vorherigen Ausschreibung kam es im vergangenen Jahr zu einem Wechsel in der Funktion der Internen Revision.

Die Pensionskasse verfügt unverändert über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Die aktuariellen Prüfungen der biometrischen und der Zins-Risiken haben ergeben, dass nach der Absenkung des Rechnungszinses im Tarif 1985 zum 31. Dezember 2014 kein akuter weiterer Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung besteht. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass die zunehmende Längerlebigkeit der Mitglieder und ein andauerndes Niedrigzinsumfeld zukünftig weitere Zuführungen zur Deckungsrückstellung erforderlich machen können. Durch entsprechende Maßnahmen soll die dauerhafte Finanzierbarkeit der gegebenen Rentenzusagen gesichert werden.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, ergeben sich die beschriebenen Zinsrisiken (Garantierisiko).

Der Umstand, dass in der Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar.

Diesem Risiko wird durch eine regelmäßige und vorausschauende Liquiditätsplanung begegnet. Auch die nennenswerten Quoten für Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sowie Immobilien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und die damit verbundenen hohen ordentlichen Erträge tragen dem genannten Risiko Rechnung. Zudem unternimmt die Kasse erhebliche Anstrengungen, um Neumitglieder für die Einrichtung zu gewinnen, wobei die tatsächlichen Möglichkeiten als Folge der Rahmenbedingungen einer reinen Firmenpensionskasse allerdings begrenzt sind.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

7. Ausblick

Für die nächsten Monate und Jahre bestehen zahlreiche Unsicherheitsfaktoren: Aufflackern der Griechenland-Krise, Ukraine/Russland-Konflikt, Erhöhung der US-Leitzinsen, Fortdauer des Niedrigzinsumfeldes in Europa, deflationäre Tendenzen, nachlassende Konjunkturdynamik, Gefahr von Blasenbildungen in Teilen der Kapitalmärkte, hohe Zinsversprechen versus zu geringen „gefahrlos“ erzielbaren inländischen Renditen, gesetzliche und aufsichtsrechtliche Veränderungen, Entwicklung der Mitarbeiterzahl im deutschen Philips Konzern und bei den sonstigen Trägerunternehmen. Die Fragezeichen sind somit zahlreich sowie einzeln und in der Gesamtsicht von hoher Bedeutung für die Zukunft der Pensionskasse.

Die Pensionskasse begegnet diesen Herausforderungen durch eine breite Streuung der Gesamtanlagen, z. B. unter Nutzung der Chancen in Anleihen und Aktien aus Schwellenländern, sowie dem Bemühen hohe laufende Erträge aus nennenswerten Anlagequoten in Beteiligungen für Erneuerbare Energien und Immobilien zu erzielen. Diese strategischen Ansätze in Kombination mit den vorhandenen hohen stillen Reserven sollten es auch in den nächsten Jahren möglich machen, eine ausreichend hohe Rendite (risikokontrolliert) darzustellen.

Allerdings werden die geeigneten Möglichkeiten zur Erwirtschaftung der erforderlichen Verzinsungen von Jahr zu Jahr geringer, da die Renditen weiter gesunken sind, die Bestände in festverzinslichen Wertpapieren abschmelzen und die aufsichtsrechtlichen Anlagegrenzen zunehmend ausgelastet sind.

Für das kommende Geschäftsjahr wird seitens der Pensionskasse erneut keine nennenswert höhere Anzahl neuer Mitglieder erwartet. Der Beschluss des deutschen Philips Konzerns auf die Eigenbeteiligung der Mitglieder für die Gewährung des Arbeitgeberzuschusses seit Anfang 2015 zu verzichten, stellt hier allerdings eine merkliche Unterstützung dar.

Die Verwaltungskosten werden zunehmen, da die allgemeinen Personalkosten und der Aufwand für leistungsstärkere Softwarelösungen im Versicherungsbereich zu Buche schlagen werden.

Strategische Veränderungen in Bezug auf die Pensionskasse bzw. die Zusammenarbeit mit der Philips Pensions-Service eG sind nicht vorgesehen.

Auf Grund des schwierigen Kapitalmarktumfeldes und eines nur begrenzten Budgets für weitere „Risikokapitalanlagen“ wird für 2015 eine Nettoverzinsung im Bereich derjenigen des letzten Geschäftsjahres erwartet.

Soweit das Risikobudget es im Jahresverlauf zulässt, sind Aufstockungen in den Anlagearten Aktien und Immobilien geplant. Zudem ist angedacht, über externe Mandate in neue Anleiheararten mit attraktiven Renditen und guten Ratings zu investieren.

Der Jahresüberschuss wird im nächsten Geschäftsjahr voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2014 liegen und soll vollständig in die Verlustrücklage eingestellt werden. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist nur in geringem Umfang vorgesehen.

Die Gesamtsituation der Pensionskasse zum Jahreswechsel 2014/15 ist sehr gut. Alle aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Anforderungen werden uneingeschränkt erfüllt und ausreichende Risikopuffer sind vorhanden. Ein Grund hierfür ist insbesondere die Verringerung der Verzinsungsanforderungen durch die Rechnungszinsabsenkung im Tarif 1985.

Für die Jahre 2016 und 2017 werden daher, trotz der derzeitigen erheblichen Unsicherheiten, keine wesentlichen Änderungen der Gesamtlage der Pensionskasse gesehen. Sämtliche internen und externen Prognoserechnungen bestätigen derzeit eine, auch unter den gegebenen schwierigen Umständen, mittel- und langfristig gute Positionierung der Pensionskasse. Auf mögliche Veränderungen der zentralen Rahmenbedingungen hat die Pensionskasse keinen unmittelbaren Einfluss, sieht sich aber in der Lage, die Herausforderungen, innerhalb einer angemessenen Frist, eigenständig bewältigen zu können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder aktiv eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2014

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²	Witw en	Witw er	Waisen	Summe der Jahresrenten ²		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witw en	Witw er	Waisen
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	9.526	2.805	6.930	1.808	29.148.693	2.240	88	136	4.778.432	117.869	83.653
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anw ärtern, Zugang an Rentnern	119	82	323	53	1.345.551	142	9	8	302.456	8.858	4.544
2. Sonstiger Zugang ¹					280.837						1
3. Gesamter Zugang	119	82	323	53	1.626.388	142	9	8	302.456	8.858	4.545
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	16	4	213	45	823.582	123	8		254.591	10.074	
2. Beginn der Altersrente	309	47									
3. Berufs- und Erw ertsunfähigkeit (Invalidität)	14	4									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			54	19	16.749	26	4	45	8.983	1.081	26.772
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen	3	1									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen											
7. Sonstiger Abgang	4		1		293.908						
8. Gesamter Abgang	346	56	268	64	1.134.239	149	12	45	263.574	11.155	26.772
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	9.299	2.831	6.985	1.797	29.640.842	2.233	85	99	4.817.314	115.572	61.426
davon											
1. beitragsfreie Anw artschaften	2.746	875									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Bilanz zum 31.12.2014

AKTIVA					
	Euro	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich, erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				545.939,73	281.220,41
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken			59.069.561,77		58.454.487,92
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		28.805.000,00			28.805.000,00
2. Beteiligungen		<u>92.215.050,09</u>			<u>83.562.723,02</u>
			121.020.050,09		112.367.723,02
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		384.984.284,33			362.396.555,53
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		192.229.328,80			182.242.362,31
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	45.458.200,00				56.088.540,76
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>37.500.000,00</u>				<u>57.500.000,00</u>
		82.958.200,00			113.588.540,76
4. Einlagen bei Kreditinstituten		0,00			5.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.000,00</u>			<u>1.000,00</u>
			<u>660.172.813,13</u>		<u>663.728.458,60</u>
C. Forderungen				840.262.424,99	834.550.669,54
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		277.792,90			197.322,36
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		<u>49.509,21</u>			<u>96.841,06</u>
			327.302,11		294.163,42
II. Sonstige Forderungen					
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen: 78.791,66 Euro (Vorjahr: 31.087,18 Euro)					
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 1.219.966,52 Euro (Vorjahr: 684.362,28 Euro)					
			<u>1.555.515,88</u>		<u>1.213.163,06</u>
				1.882.817,99	1.507.326,48
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			2.412.293,03		1.891.824,46
II. Andere Vermögensgegenstände			<u>2.916.234,21</u>		<u>2.858.747,53</u>
				5.328.527,24	4.750.571,99
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten				7.827.780,19	8.683.003,90
SUMME DER AKTIVA				<u>855.847.490,14</u>	<u>849.772.792,32</u>

Hamburg, 5. März 2015

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Der Treuhänder

Hans-Jürgen Haverkamp

Bilanz zum 31.12.2014

PASSIVA			
	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
Gew innrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG		40.605.000,00	40.385.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	812.127.723,00		807.691.669,01
II. Rückstellung für noch nicht abgew ickelte Versicherungsfälle	102.268,92		68.904,60
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.404.790,32		401.541,05
		813.634.782,24	808.162.114,66
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		211.216,95	179.646,70
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	72.167,72		141.627,17
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 4.213,32 Euro (Vorjahr: 11.121,19 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 15.256,85 Euro (Vorjahr: 21.770,79 Euro)	1.191.457,39		749.992,11
		1.263.625,11	891.619,28
E. Rechnungsabgrenzungsposten		132.865,84	154.411,68
SUMME DER PASSIVA		855.847.490,14	849.772.792,32

Hamburg, 5. März 2015

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29.12.2014 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Torsten Seemann

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			13.125.608,09	13.151.525,67
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			200.037,04	159.310,60
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		4.413.515,22		3.108.244,94
davon: aus verbundenen Unternehmen				
978.820,29 Euro (Vorjahr: 935.053,02 Euro)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen				
Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf				
fremden Grundstücken	5.758.395,12			6.617.951,40
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	22.910.537,22			18.895.656,36
		28.668.932,34		25.513.607,76
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.489.756,06		41.775,02
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.504.327,07		13.136.311,67
			37.076.530,69	41.799.939,39
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			569.278,86	583.985,70
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		35.063.152,79		34.502.498,48
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte				
Versicherungsfälle		33.364,32		27.711,61
			35.096.517,11	34.530.210,09
6. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen				
Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			4.436.053,99	11.284.756,97
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige			1.403.089,54	65.000,00
Beitragsrückerstattung				
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		182.258,84		173.743,41
b) Verwaltungsaufwendungen		264.038,13		269.253,70
			446.296,97	442.997,11
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen,		3.621.717,93		3.746.950,46
Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die				
Kapitalanlagen				
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		5.236.474,76		4.203.359,30
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		143.669,94		461.394,93
			9.001.862,63	8.411.704,69
10. Versicherungstechnisches Ergebnis			587.634,44	960.092,50
Übertrag:			587.634,44	960.092,50

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag:		587.634,44	960.092,50
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	9.448,87		9.627,62
2. Sonstige Aufwendungen	163.919,89		184.134,84
		<u>-154.471,02</u>	<u>-174.507,22</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		433.163,42	785.585,28
4. Sonstige Steuern		213.163,42	220.585,28
5. Jahresüberschuss		220.000,00	565.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG		220.000,00	565.000,00
7. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

A n h a n g

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten bewertet.

Grundstücke und Bauten werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Bei der Ermittlung der Abschreibungen werden lineare Abschreibungssätze entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet.

Die Investmentanteile werden gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB wie Umlaufvermögen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern die Investmentanteile dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt die Bewertung nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip). Insgesamt wurden Investmentanteile in Höhe von T€ 374.218 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden zum Bilanzstichtag keine Abschreibungen vermieden.

Inhaberschuldverschreibungen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Zum Bilanzstichtag werden Wertpapiere in Höhe von T€ 161.359 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden keine Abschreibungen vermieden. Sofern Anleihen über pari erworben wurden, werden die Anschaffungskosten über die Restlaufzeit ratierlich auf den Nennwert abgeschrieben. Zuschreibungen bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten erfolgten bei Wegfall der Gründe für die dauerhafte Wertminderung.

Im Bestand werden sechs Inhaberschuldverschreibungen gehalten, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Infolgedessen erfolgt die Bewertung dieser Papiere nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB. Die im Bestand befindlichen Zero-Schuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation angesetzt.

Die unter den „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet. Zur Feststellung einer möglichen dauerhaften Wertminderung wurde die Bonität der jeweiligen Emittenten einzeln beurteilt.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die zum 31. Dezember 2014 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung und 2009AB prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Z die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,25 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % zugrunde gelegt. Für den Tarif 2009AB wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den "Richttafeln 2005 G" von Heubeck mit den Rechnungszinsen 3,25 % oder 2,25 % (je nach Vorgängertarif) angewendet.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.436 auf T€ 812.128 erhöht.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag bzw. in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2014

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2013 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2014 Euro
A						
Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	281.220,41	277.279,52	0,00	0,00	12.560,20	545.939,73
2. Summe A	281.220,41	277.279,52	0,00	0,00	12.560,20	545.939,73
B I.						
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	58.454.487,92	4.970.191,46	1.802.423,40	256.339,44	2.809.033,65	59.069.561,77
B II.						
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.805.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.805.000,00
2. Beteiligungen	83.562.723,02	11.680.000,00	1.787.405,14	0,00	1.240.267,79	92.215.050,09
3. Summe B II.	112.367.723,02	11.680.000,00	1.787.405,14	0,00	1.240.267,79	121.020.050,09
B III.						
Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	362.396.555,53	32.199.966,60	9.716.900,00	1.233.416,62	1.128.754,42	384.984.284,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	182.242.362,31	16.985.585,39	6.940.200,00	0,00	58.418,90	192.229.328,80
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	56.088.540,76	164.401,76	10.794.742,52	0,00	0,00	45.458.200,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	57.500.000,00	0,00	20.000.000,00	0,00	0,00	37.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	5.500.000,00	0,00	5.500.000,00	0,00	0,00	0,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
6. Summe B III.	663.728.458,60	49.349.953,75	52.951.842,52	1.233.416,62	1.187.173,32	660.172.813,13
INSGESAMT	834.831.889,95	66.277.424,73	56.541.671,06	1.489.756,06	5.249.034,96	840.808.364,72

Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert- reserve
	in € Mio	in € Mio	in € Mio
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	85,2	59,1	26,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	33,8	28,8	5,0
Beteiligungen	96,0	92,2	3,8
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	396,4	385,0	11,4
Inhaberschuldverschreibungen	244,8	192,2	52,6
Namenschuldverschreibungen	54,5	45,5	9,0
Schuldscheinforderungen und andere Darlehen	41,9	37,5	4,4
andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0
Summe	<u>952,6</u>	<u>840,3</u>	<u>112,3</u>

Der Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen in Höhe von T€ 840.262 stehen korrespondierende beizulegende Zeitwerte in Höhe von T€ 952.560 gegenüber. Der sich hieraus ergebende Saldo beträgt T€ 112.298.

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis des jeweiligen Ertragswertes. Hierfür liegen entsprechende externe Wertgutachten aus den Jahren 2011 bis 2014 vor.

Für Anteile an verbundenen Unternehmen entsprechen die Zeitwerte dem Buchwert bzw. dem Zeitwert der gehaltenen Objekte.

Die Zeitwertermittlung für Beteiligungen erfolgte je nach Art der Beteiligung nach dem Discounted Cash Flow-Verfahren (Abzinsung der Zahlungsströme) oder auf Basis des Net Asset Values (Nettoinventarwert). Bei zwei Beteiligungen liegen bei einem Buchwert von insgesamt T€ 26.484 stille Lasten in Höhe von T€ 160 vor. In beiden Fällen wurde auf eine Abschreibung verzichtet, da die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird.

Investmentanteile wurden grundsätzlich mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Anteile von zwei Sondervermögen wurden mit den voraussichtlich realisierbaren Werten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Hinsichtlich der Inhaberschuldverschreibungen richtete sich der Zeitwert nach den Börsenkursen zum Bilanzstichtag.

Die Ermittlung der Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen (Namenschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen) erfolgte anhand der Euro-Swapkurve zuzüglich geeigneter Zinsaufschläge.

Der Zeitwert der anderen Kapitalanlagen entspricht den jeweiligen Buchwerten.

Angaben zu Investmentvermögen mit einem Anteilbesitz von mehr als 10%:

	Buchwert (BW) in Mio €	Zeitwert (TW) in Mio €	Differenz (ZW-BW) in Mio €	Ausschüttung 2014 in T€	Tägliche Rückgabe möglich?
Rentenfonds					
PEKA 1	292,8	299,1	6,3	9.000,0	ja
Aktiefonds					
PEKA 2	40,3	45,4	5,1	0,0	ja
Immobilienfonds					
PEKA 3	41,1	41,1	0,0	0,0	nein
Catella Focus Global Forests	10,8	10,8	0,0	0,0	nein

Bei einem Immobilienfonds ist die Rückgabe der Anteile einmal monatlich möglich. Bei dem anderen Sondervermögen wurde die Rücknahme der Anteilscheine ausgesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2014 gezahlte Renten für Januar 2015.

Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden T€ 220 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 1. Januar 2014	€	401.541,05
Entnahme für		
Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 0,00
Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 94.791,00
Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 10.586,04
Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	./.	€ 199.803,23
Tarif 2008 G Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 85.631,00
Tarif 2008 Z Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 8.372,00
Tarif 2009AB Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 657,00
Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	+	€ 1.403.089,54
Stand am 31. Dezember 2014	€	1.404.790,32

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für die Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses 2014, zu erwartende Kosten für die interne Revision sowie Prozesskostenrisiken.

Andere Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt T€ 329.

Die Höhe der durch ein Grundpfandrecht abgesicherten Verbindlichkeiten beträgt T€ 350.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag resultiert aus Baukostenzuschüssen aus Fördermitteln für Wohnbauten.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von T€ 13.126 (Vorjahr T€ 13.152) gliedern sich in laufende Beiträge T€ 12.692 (Vorjahr T€ 12.607) und Einmalbeiträge von T€ 434 (Vorjahr T€ 545).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Zum Bilanzstichtag wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von T€ 2.689 vorgenommen.

4. Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz des Unternehmens	Eigenkapital (T€)	Anteil am Kapital (%)	Ergebnis (T€)
Philips PK Immobilien Beteiligungs GmbH, Hamburg	22	100,0	0,8 ¹⁾
Philips PK Immobilien I GmbH & Co. KG, Hamburg	28.780	100,0	978,8 ¹⁾
Aquila Sachwert-Basisfonds II S.A. - Erneuerbare Energien	84.327	24,7	3.124,1 ²⁾
LHI Green Infrastructure Invest I GmbH & Co. KG, Pullach	34.498	29,1	771,4 ²⁾

1) Gem. vorliegenden Jahresabschluss 2014

2) Gem. vorliegenden Jahresabschluss aus 2013

5. Sonstige Angaben

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 (inkl. des unter der Position Zahlungen für Versicherungsfälle ausgewiesenen Regulierungsaufwandes) werden mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 12.984 im Bereich der Investmentanteile.

Das Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt im Geschäftsjahr für die Abschlussprüfung T€ 34 (excl. Umsatzsteuer) und für sonstige Leistungen T€ 2.

Im Geschäftsjahr 2014 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig.

6. Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Klaus Baumann *	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Stefan Meyer **	stellv. Vorsitzender	(Techniker)
Günther Weber **		(Techniker)
Friedrich-Karl Beckmann**		(Dipl.-Ing.)
Catalin Krönert *		(Juristin)
Dr. Thomas Piehler *		(Jurist)

Vorstand:

Norbert Schulte-Mattler	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Gabriele Mazarin		(Dipl.-Mathematikerin)

* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)

** durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 5. März 2015

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im April 2015

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Aufsichtsrat

Klaus Baumann
- Vorsitzender -

Stefan Meyer
- stellv. Vorsitzender -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 12. März 2015

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Volkmer
Wirtschaftsprüfer

Wysocki
Wirtschaftsprüfer

